

Arzt am Krankenbett des Kapitalismus

Zur Rolle der Politik in der Krise

Von Guenther Sandleben

Erschienen in: *jungeWelt* 12.11.2011 / Thema / Seite 10

»Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus«, sagt das Grundgesetz – von wegen vom Volke, vom Kapital geht sie aus, von den Akteuren des Kapitals, die Kapitalbestimmungen exekutieren und den Staat als ihr politisches Organ nutzen. Das Volk spielt höchstens bei Wahlen zur Legitimation der Politik eine Rolle. Dort, wo es sich kritisch äußert, etwa im massenhaften Protest gegen Sparbeschlüsse, wird es übergangen oder gewaltsam niedergehalten. Erste empirische Studien zu den politischen Ereignissen seit Beginn der großen Krise – vorgelegt in dem soeben im VSA-Verlag erschienenen Buch des Autors »Politik des Kapitals in der Krise« – belegen: Die Politik ist durchweg eine des Kapitals.

Diese These, die auch an postdemokratische Erklärungsmuster anknüpfen kann, geht in einem wesentlichen Punkt darüber hinaus. Die Durchsetzung einer Politik des Kapitals wird keineswegs durch eine mit »genuin postdemokratischen und vor-demokratischen Elementen« verunstaltete Demokratie ermöglicht, wie etwa der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch hervorhebt, sondern ist gerade der Ausdruck für die besondere Qualität der Demokratie, die den pluralen Ausgleich verschiedener Kapitalinteressen als eine wesentliche Bestimmung enthält. Eine solche Qualität einer Demokratie erweist sich in der Krise als durchweg nützlich, da in der politischen Interessenvertretung des Kapitals Asymmetrien verhindert werden, die ansonsten zu einer zusätzlichen Instabilität des politischen Systems führen würden.

Die empirischen Studien belegen auch, dass die Demokratie einer schnellen Durchsetzung der gemeinsamen Interessen des Kapitals trotz der eher langfristig ausgelegten Entscheidungswege keineswegs im Wege steht. Beispielsweise wurde

das deutsche Finanzmarktstabilisierungsgesetz, das den Rettungsschirm SoFFin in Höhe von 480 Milliarden Euro rechtlich initiierte, nach einem Eilverfahren am 17. Oktober 2009 von Bundestag und Bundesrat verabschiedet und vom Bundespräsidenten sogleich unterzeichnet. Die Rechtsverordnung zu diesem Gesetz genehmigte das Bundeskabinett bereits am 20. Oktober. Dass es sich bei einem solch beschleunigten Verfahren keineswegs um eine Besonderheit handelt, sondern um eine übliche Vorgehensweise, die immer dann notwendig wird, wenn die politische Durchsetzung des Gesamtinteresses des Kapitals unter besonderem Zeitdruck steht, sollte sich immer wieder zeigen, etwa bei der Verabschiedung dringender Konjunkturprogramme, bei der Bewilligung der Notkredite für Griechenland oder bei der Verabschiedung des Euro-Rettungsschirms EFSF.

Der Staat setzt in der gegenwärtigen Krise einerseits das gemeinsame Kapitalinteresse durch, andererseits sorgt er für einen pluralen Ausgleich der widerstrebenden Partikularinteressen. Je nachdem, um welches Interesse es geht, kristallisieren sich im Beziehungsgeflecht von Ökonomie und Politik verschiedene Interventionsebenen heraus.

Paradigmenwechsel

Bis zu Beginn der großen Krise hatte eine neoliberale Wirtschaftspolitik dominiert. Mit ihrem Credo der Nichteinmischung in das konjunkturelle Geschehen bediente sie die Bedürfnisse der Kapitale aber nur solange, wie diese in einem allgemein expandierenden Weltmarkt florierten. Während einer solchen ökonomischen Sturm- und Drang-Periode waren alle Hindernisse wegzuräumen, die die Kapitale in ihrer Expansion beschränkten. Möglichst alle Produktionszweige sollten dem Kapital geöffnet werden. Allgemeine Resultate davon waren die bis an die staatlichen Kernfunktionen heranreichenden Privatisierungen sowie eine weitgehende Liberalisierung der Finanzmärkte.

Mit der großen Krise geriet das Kapital in all seinen Facetten, als zintragendes Kapital (überwiegend organisiert von Banken), als fungierendes Kapital (Industrie-, Dienstleistungs- und Handelsunternehmen) und als Eigentum etwa in Gestalt des Aktienvermögens oder anderer Formen der Unternehmensbeteiligung in eine schwere Existenzkrise. Es entstand das Bedürfnis

nach weitreichenden Staatsinterventionen. Der Wechsel hin zur keynesianischen Politik war der Versuch, die Entwertungsspirale des in die Krise geratenen Kapitals zu stoppen und die Gefahren für das kapitalistische System abzuwenden. Der Staat griff mit Rettungsschirmen, Konjunkturprogrammen, Verstaatlichungen und mit manch ungewöhnlichen Mitteln in das Krisengeschehen ein. Diese Politik schien unausweichlich zu sein zu einem Zeitpunkt, als die große Krise die Systemfrage aufwarf. Dass die Politik den Paradigmenwechsel mit all seinen spektakulären Komponenten in ungewöhnlich kurzer Zeit ohne größere Kontroversen vollziehen konnte, verweist auf ein breit angelegtes, einheitliches gesellschaftliches Interesse, das diesen Wandel nicht nur tolerierte, sondern ihn kraftvoll betrieb.

Alle Angehörigen der besitzenden Klassen hielten in der Stunde der Not zusammen, sahen, dass es zur Rettung des Kredit- und Bankensystems keine Alternative gab, jedenfalls keine innerhalb des kapitalistischen Systems. Diesen bürgerlichen Horizont zu überschreiten, dazu waren sie nicht berufen. Ihr Interesse stand dem entgegen, aber auch ihre gesamte Lebensweise, die sich luxuriös und machtvoll über die der Lohnabhängigen erhob. Ihr Bewusstsein ließ keine wirkliche Alternative zu, da es die bürgerlichen Lebensformen als naturwüchsig, als ewig gültig empfand und das unmittelbare Interesse tiefere Einsichten verhinderte.

Die Lohnabhängigen spielten in dieser Schicksalsfrage des Kapitalismus keine eigenständige Rolle. Sie hatten sich durch den Gleichklang der öffentlichen Medien in den Selbstbehauptungskampf des Kapitals integrieren lassen oder verhielten sich passiv dazu. Die Gewerkschaften und Parteien, die in ihrem Namen auftraten, zeigten sich mit den besitzenden Klassen erstaunlich solidarisch und akzeptierten alle großen Maßnahmen, die der Staat zur Rettung des Kapitalismus vorschlug und verordnete.

»Professor Wall Street«

Die im Parlament vertretenen Parteien stellten sich in dieser Schicksalsstunde mit großer Selbstverständlichkeit in den Dienst des Kapitals. Es gab weder eine prinzipielle Kritik an der Rettung der Großbank Hypo Real Estate (HRE), die als systemisch relevant eingestuft wurde und deshalb nicht

pleite gehen durfte, noch an dem Rettungsschirm, den die Regierung über das kapitalistische System spannte. Es fehlte jegliche »demokratische Aufregung« darüber, dass die Bankenunterstützung intransparent blieb, dass die große Koalition das Budgetrecht aushebelte und so, wie Harald Schumann es formulierte, »die völlige Entmachtung des Parlaments erzwungen« hatte.(»Bankenrettung«, Tagesspiegel vom 21.8.2009)

In der Stunde der Gefahr war die Opposition nicht mehr präsent. Man war sich einig, dass der Kapitalismus unbedingt überleben musste. Selbst die Linkspartei vermied es, die Rolle des Staates als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus in Frage zu stellen.

Verstaatlichungen, die zuvor als sozialistischer Gewaltakt verteufelt worden waren, galten nicht mehr als ökonomisch verwerflich, wenn solche Maßnahmen nur halfen, die kapitalistische Ordnung zu retten. Vor diesem Richterstuhl verlor selbst das Privateigentum seine Heiligkeit. Niemand protestierte, als der Staat auf dem Höhepunkt der Krise das gesamte Finanzsystem praktisch unter seine Kontrolle stellte. Die Planwirtschaft hatte für kurze Zeit gesiegt über das Chaos der Märkte, eine Planwirtschaft jedoch, die innerhalb und zur Rettung des kapitalistischen Systems stattfand.

Diese Geschlossenheit der Interessen zeigte sich nicht nur in einem politischen, sondern ebenso in einem weit reichenden ideologischen Konsens. Alle Abteilungen der Gesellschaft, von der Wirtschaft über die Verbände, die Wissenschaft bis hin zur Publizistik ließen nur eine einzige Krisendeutung zu: Die an sich gesunde »Realwirtschaft« habe sich eine schwere Infektion durch eine Krise der Finanzmärkte beziehungsweise durch ein Fehlverhalten von Bankern, Aufsichtsbehörden oder Politikern geholt. Auf diese Weise wurde der ökonomische Kern des Kapitalismus, die Produktion und Zirkulation von Waren, aus der Schusslinie einer möglichen Kritik genommen.

»Wir müssen den Finanzmärkten verbindlich und verpflichtend so strenge Regeln geben, dass wir jede Form von Kasinokapitalismus unterbinden«, sagte DGB-Vorsitzender Michael Sommer und wies »ausdrücklich« darauf hin, dass er »die Marktwirtschaft für das beste aller Wirt-

schaftssysteme (hält). Genauso bekenne ich mich aber dazu, dass Marktwirtschaft und Kasinokapitalismus nicht dasselbe sind. Letzterer ist die Perversion des Systems. Jetzt ein korrigierendes Eingreifen des Staates zu fordern, ist nicht das Ende der Marktwirtschaft, sondern deren sinnvolle Ausgestaltung.« (Wirtschaftswoche vom 30.3.2009)

Der ideologische Schutz einer Wirtschaftsordnung musste zu einer Zeit besonders wichtig sein, als die Angst umging, die Krise könnte zu einer schwerwiegenden ordnungspolitischen Erschütterung führen. »Professor Wall Street«, wie eine solche Art wissenschaftlicher Krisenbegleitung gelegentlich genannt wurde, verdeckte auf diese Weise die Gebrechlichkeiten des Kapitalismus und half mit, dass die Krisenpolitik lediglich an Symptomen kurierte, ohne in die Tiefe des Krisengeschehens vorzudringen.

Zunehmend Konflikte

Nachdem die Staatsinterventionen Mitte 2009 erste Stabilisierungserfolge zeigten, große Kapitalmassen vor der Vernichtung gerettet und die Gefahren eines Zusammenbruchs des kapitalistischen Systems beseitigt waren, traten die kontroversen Punkte zwischen verschiedenen Kapitalgruppen stärker hervor. Dazu zählen Fragen, die das ökonomische Verhältnis zwischen der Klasse der Geldkapitalisten mit den Banken als dem institutionellen Mittelpunkt und den Unternehmen berührten. Bereits frühere Ereignisse – darunter der Börsencrash 1987, die fortschreitende Öffnung der Finanzmärkte während der Amtszeit von Alan Greenspan, oder die Asienkrise 1996/97 – hatten genügend Anlässe für diese große Auseinandersetzung geboten.

Im Vordergrund standen der Kampf um die Regulierung der Finanzmärkte und der Streit um die Kreditklemme, bei dem es um billige und ausreichende Darlehen ging. In dieser Auseinandersetzung drängten die Unternehmer auf eine günstige Kreditvergabe, d.h. auf möglichst viel Kredite zu niedrigen Zinsen. »Kredite zu erhalten ist schwieriger geworden und teurer«, klagte beispielsweise Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt u.a. in einem Interview des Berliner Tagesspiegels vom 13. Juli 2009. Es gebe »mehr Bürokratie«, und die Kredite würden »vor allem im längerfristigen Bereich trotz sinkender Leitzinsen immer teurer«. Ihn

ärgerere, dass die Banken den niedrigen Zinssatz von einem Prozent nicht an »die reale Wirtschaft« weitergäben. Stattdessen würden »zum Teil bereits wieder in erheblichem Umfang Kreditersatzgeschäfte getätigt, um die eigene wirtschaftliche Situation zu verbessern. Das darf nicht sein. Offenbar haben nicht alle aus der Krise gelernt.« Die Banken dürften nicht vergessen, dass sie der »realen Wirtschaft« zu dienen hätten.

Die Banken reagierten mit einer Gegenoffensive, indem sie auf ihre hohe Kreditvergabe verwiesen. Der Streit endete mit einem Kompromiß, der zwar zugunsten des fungierenden Kapitals ausfiel, ohne jedoch das Finanzkapital durch die ins Spiel gebrachten »Zwangsmaßnahmen« (Kreditvergabe direkt durch die Notenbank) zu strangulieren. Nach dem Spitzentreffen von Wirtschaft und Regierung am 1. September 2009 sicherten die Banken zu, dass sie ihre guten Konditionen zur Geldbeschaffung (Refinanzierungskosten bei der Notenbank von nur einem Prozent) an ihre Kunden weitergeben werden.

Im Streit um die Regulierung der Finanzmärkte mobilisierte das Finanzkapital alle öffentlichen Kräfte, um die von der Regierung vorgesehene Finanzreform so weit abzuschwächen, dass seine Interessen gewahrt blieben. »In den vergangenen Monaten haben sie (die Wall-Street-Lobbyisten) Millionen von Dollar ausgegeben und eine Armee von Lobbyisten angeheuert, um eine Reform abzuwürgen«, beschrieb US-Präsident Barack Obama am 26.6.2010 in seiner wöchentlichen Radioansprache die Taktik des Finanzkapitals. (FAZ vom 28.6.2010) Donato Masciandaro aus Mailand, der als kritischer Fachmann in Regulierungsfragen gilt, bescheinigte der Bankenlobby eine gute Arbeit, sowohl in den USA als auch in Europa. Die Bankenlobby habe sich zu »allgemeinen Prinzipien bekannt, ohne dass daraus dann griffige Gesetze wurden. (...) Die neuen Regeln für die Finanzmärkte sind in Europa und in Amerika miserabel.« (FAZ vom 25.8.2010)

Eigentümer gegen Manager

Bereits während der konjunkturellen Abschwächung der Jahre 2000 bis 2002 stritten Kapitaleigentümer und Manager um die Aufteilung des Profits in Managervergütung und Unternehmensgewinn, aus dem heraus die Dividenden gezahlt werden. Als dann in der großen Krise die Existenz vie-

ler Unternehmungen auf dem Spiel stand, spitzte sich der Konflikt außerordentlich zu. Den geprellten Eigentümern gelang es, die Medien mehr und mehr für ihre Interessen zu instrumentalisieren. Um die Bevölkerung auf ihre Seite zu bringen, brachten sie als zusätzliches Argument die Unfähigkeit vieler Manager ins Spiel und lockten mit dem Hinweis, dass deren Vergütungen viel zu hoch wären im Vergleich zu den gewöhnlichen Arbeitslöhnen.

Ihr Populismus und die Macht ihrer Interessen verschafften den Kapitaleignern eine Hegemonie in der öffentlichen Meinung. Nach einer Umfrage von Allensbach war das Ansehen der Manager im Frühjahr 2009 auf einen Tiefpunkt gesunken. Manager verdienten zu viel, meinten 85 Prozent der Deutschen, und eine Mehrheit wollte, dass der Staat die Gehälter und Boni begrenzt. Die Eigentümer waren in ihrer Öffentlichkeitsarbeit so erfolgreich, dass hohe Politiker, darunter die Bundeskanzlerin und der Bundespräsident, die Manager öffentlich zu maßvollem Handeln ermahnten. Schließlich erzwangen sie ein Gesetz zur Regelung der Vorstandsgehälter (VorstAG), das zu einem gewissen Interessenausgleich zwischen Managern und Kapitaleigentümern beitragen sollte.

Auf dem Höhepunkt der Krise hatte die Exportindustrie alle konjunkturpolitischen Staatsinterventionen unterstützt, weil darin die einzige Möglichkeit bestand, den eigenen Zusammenbruch und den Zusammenbruch der mit ihr vernetzten Industrie zu verhindern. Als diese schwierige Phase in der zweiten Jahreshälfte 2009 auslief und Entlastung durch die sich belebenden Auslandsmärkte kam, stellte sich die exportorientierte Kapitalfraktion immer mehr gegen zusätzliche Konjunkturprogramme. Ihre Gegner waren vor allem die binnenmarkt-orientierten Kapitale, die weitere Konjunkturprogramme forderten. Unterstützung kam von den auswärtigen Kapitalen, die mit Blick auf den deutschen Markt auf einen höheren Absatz hofften. Auf die vielfältigen Formen gerade dieser Auseinandersetzung kann hier nicht eingegangen werden. (Ausführlich: Guenther Sandleben, Politik des Kapitals in der Krise, Hamburg 2011)

Kampf der Kapitalfraktionen auf der unteren Interventionsebene

Der Konkurrenzkampf zwischen den Unternehmen spitzte sich auf dem Höhe-

punkt der großen Krise 2008/09 außerordentlich zu. Anders als während der Zeiten wirtschaftlicher Prosperität ging es nicht mehr um höhere Gewinne, sondern um die Vermeidung von Verlusten. Statt das Kapital zu verwerten, konkurrierten die Unternehmen um den Erhalt ihres Kapitals. Die Konkurrenz entwickelte sich fort zu einem Kampf ums Überleben.

Die große Krise brachte viele Unternehmen zu Fall. Der Autokonzern Opel, der Handelskonzern Arcandor mit den Traditionsfirmen Karstadt und Quelle, Heidelberger Druck, die Schaeffler-Gruppe, etliche Werften und viele andere Unternehmen benötigten dringend Staatshilfen, um die Krise zu überstehen.

Fallbeispiele zum Überlebenskampf von Opel und Arcandor liefern ein reichhaltiges Material, dem wir entnehmen, auf welcher vielfältigen Weise Kapitale Koalitionen eingingen, um ihren Interessen politische Geltung zu verschaffen. (Ebenda)

Die Demokratie mit ihrer besonderen Form der Öffentlichkeit, mit ihrer Pressefreiheit, mit ihren zahlreichen Möglichkeiten, über Öffentlichkeitsarbeit, Lobbyismus, Parteien, Parlamentsfraktionen, Abgeordnete, Ministerien, Kanzlerrunden etc. direkt oder indirekt Einfluss zu nehmen, bot in diesem Ausgleichsprozess der Kapitale eine adäquate Form. Kein besonderes Kapital, keine Kapitalfraktion bestimmte einseitig die Politik.

Auf diesem Kampfterrain der Kapitale spielten die Massenmedien eine große Rolle. Hier gab es einen wirklichen Pluralismus mit Meinungs- und Pressefreiheit. Wie sich die Kompassnadel im erdmagnetischen Kräftefeld einpendelt, so pendelte die Meinung der Medien im Interessensfeld der Kapitale. In diesem öffentlichen Streit war die breite Masse der Bevölkerung ebenso zerrissen wie das Kapital selbst. Ihre Meinung spiegelte im Großen und Ganzen die Standpunkte und die Argumentationsweisen der im Streit liegenden Kapitale wider.

Diese Analyse der Politik des Kapitals gibt Einblick in die Art und Weise, wie sich Kapitalfraktionen konstituieren. Einige der oben dargestellten bilden fest gefügte Gruppierungen, die durch ihre charakteristischen Existenzbedingungen zusammengehalten werden und sich in einem dauerhaften Gegensatz zueinander bewegen.

Hier stehen dieselben Interessen im Kampf mit demselben Gegensatz. Dieser Streit ist eine Art Klassenauseinandersetzung.

Darüber hinaus kämpfen Kapitalfraktionen gegeneinander, deren Partikularinteressen nicht durch fest gefügte Produktionsbedingungen fixiert sind. Hier entscheidet die jeweilige Situation darüber, welche Gruppierungen sich zusammenfinden.

Der politische Willensbildungsprozess vollzieht sich in einem System von Kräften und Gegenkräften. Eine Metapher dafür ist das Parallelogramm der Kräfte. Die Kraft, mit der einzelne Kapitale bzw. Kapitalfraktionen darin wirken, hängt von ihrer jeweiligen Bedeutung innerhalb des Gesamtkapitals ab. Die mehrheitsfähige Politik konstituiert sich dann als die resultierende Größe der verschiedenen Kapitalkräfte. In diesem Kräftespiel ist der Staat vorrangig Sachwalter der Interessen, deren Inhalt er von außen empfängt und die er zu einem gemeinsamen Interesse auszugleichen sucht. Wo sich die Interessen nicht ausgleichen lassen, wie beispielsweise bei der Entscheidung über Staatskredite für Arcandor oder Opel, setzt der Staat das stärkere Kapitalinteresse als seinen politischen Willen durch.

Sparpolitik und Widerstand

Bis zu Beginn der »Sparpolitik« bildeten die Lohnabhängigen bzw. ihre Vertreter zumindest in Deutschland keine eigenständige politische Kraft. Sie nutzten die Existenzkämpfe von Opel, Karstadt, Quelle etc. keineswegs für die Durchsetzung eigenständiger Interessen. In der Konjunkturpolitik unterstützten sie die Forderungen des Kapitals, den krisenbedingten Zusammenbruch der Nachfrage mit Hilfe staatlicher Maßnahmen zu kompensieren. In der Lohnpolitik hielten sie sich auffallend zurück. Statt die Massenkauftkraft durch großzügige Lohnerhöhungen zu stärken, wie sie selbst gefordert hatten, beschränkten sie sich. Im Streit um die Höhe der Managervergütung, vor allem im Finanzsektor, unterstützten sie die Position der Kapitaleigner. Als die Industrie eine Beschränkung des Finanzsektors sowie ausreichende Kredite bei niedrigen Zinsen forderte, stellten sie sich frühzeitig an deren Seite und achteten streng darauf, nicht solche Forderungen beizumischen, die das Finanzsystem oder die Eigentumsordnung in Frage stellten. Auf dem Höhepunkt der Krise im Herbst 2008, als das Finanzsys-

tem und mit ihm der gesamte Reproduktionsprozess zu kollabieren drohten, standen sie hinter dem Staat, der im Interesse der besitzenden Klassen alles unternahm, um das kapitalistische System zu retten.

Die Politik des Kapitals wurde weder durch die Interessen der Lohnabhängigen eingeschränkt noch in irgendeiner Weise korrigiert. Die Politik blieb deshalb immer eine Politik des Kapitals.

Erst mit der Sparpolitik änderte sich das Verhalten. Vor allem in den Ländern mit besonders harten Sparbeschlüssen und einer vergleichsweise schwachen wirtschaftlichen Erholung setzten Massensteriks ein. Dort schlug die »Krise ohne Widerstand« (Werner Seppmann) in eine Krise mit Massenprotest um.

Insgesamt gesehen verändert die Kürzungspolitik in mehrfacher Hinsicht die Koordinaten des Protestverhaltens: Erstens verelendet der Staat mit seiner »Sparpolitik«, die generell auf Lohn- und Sozialkürzungen, auf längere und intensivere Lebensarbeitszeit sowie auf höhere Massensteuern gerichtet ist, die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen (einschließlich Erwerbslose). Damit steigert er zusätzlich die Unzufriedenheit, die schon durch die Folgen der großen Krise zugenommen hatte. Das Protestpotential wächst weiter an.

Zweitens schafft die staatliche Kürzungspolitik eine gleiche politische Situation mit gleichen Interessen, die sich gegen die Politik des Staates richten. Alle Lohnabhängigen stehen gemeinsam im selben Gegensatz zur »Sparpolitik«. Dies begünstigt einen gemeinschaftlichen Widerstand.

Drittens tritt der Staat hervor, nicht mehr, um einen ökonomischen Absturz samt Massenarbeitslosigkeit abzubremsen, sondern mit dem Ziel, die eigene Fiskalkrise auf Kosten der Lohnabhängigen zu entschärfen. Diese nehmen den Staat als ihren Gegner wahr. Die Adressatenlosigkeit, die ein Hemmnis dafür war, dass die bereits in der Krise angeschwollene Unzufriedenheit zum offenen Widerstand führte, verliert an Bedeutung. Das angestaute Protestpotential kann sich nun leichter entladen in Richtung einer grundlegenden Systemtransformation.

Die Kürzungsbeschlüsse des Staates kehren also den Klassencharakter hervor, sie

lösen Sozialstaatsillusionen auf, sie verschlechtern die Lebensbedingungen, sie schmieden die Lohnabhängigen zusammen, sie schaffen eine gleiche politische Situation mit gleichen politischen Interessen, die sich gegen Staat und Wirtschaftssystem insgesamt richten.

Haben die bisherigen Massenproteste, die in etlichen Ländern Europas sehr heftig sind, die Politik des Kapitals ändern können? Bislang nicht! Die Politik des Staates richtete sich offen und häufig unter Anwendung erheblicher Gewaltmittel gegen die breite Masse der Bevölkerung; Sie blieb selbst in dieser Phase eine Politik des Kapitals. Sie bewies, wie wenig sie den Grundsatz der demokratischen Verfassungen achtete, wonach alle Staatsgewalt vom Volke auszugehen habe.